

# Mehr Geld für die Betreuung

**KOALITION** Höhere Zuschüsse für Inklusion in Kitas / Grundschulangebot von 7.30 bis 17 Uhr

Von Christian Stang

**WIESBADEN.** Punkteteilung bei der dritten Runde der schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen in Hessen: Die Grünen setzten am Donnerstag in Schlangenbad ein festes und deutlich erhöhtes Sozialbudget durch. Frauenhäuser und Schuldnerberatungen werden in Zukunft wieder vom Land gefördert. Damit werden Kürzungen der Regierung Koch aus dem Jahr 2003 teilweise wieder rückgängig gemacht. Die „Operation sichere Zukunft“ hatte seinerzeit breite Proteste ausgelöst. Die CDU konnte beim Kinderförderungsgesetz (Kifög) punkten, das wie vorgesehen zum 1. Januar 2014 in Kraft treten wird.

Das umstrittene Gesetz wird überprüft und gegebenenfalls nochmals verändert. Mitte kommenden Jahres soll es einen „Runden Tisch“ zum Thema Kinderbetreuung geben. Fest vereinbart wurde, die Zuschüsse des Landes zur Betreuung behinderter Kinder zu erhöhen. Welche Mittel Kommunen und Landkreise künftig erhalten, blieb offen. Derzeit sind es etwa 424 Millionen Euro im Jahr. Die Anhebung steht außerdem unter dem Vorbehalt einer Einigung zwischen kommunalen Spitzenverbänden und der Liga der freien Wohlfahrtspflege über die Höhe der Inklusionsförderung. Die Gespräche waren Mitte November von der kommunalen Seite abgebrochen worden.

Außerdem wollen CDU und Grüne in der kommenden Wahlperiode auf frei-



**Eher beiläufig fiel der Händedruck zwischen Tarek Al-Wazir (l.) und Volker Bouffier am Donnerstag bei den Koalitionsverhandlungen in Schlangenbad aus.** Foto: dpa

williger Basis an allen hessischen Grundschulen eine verlässliche Betreuung von 7.30 bis 17 Uhr einführen. Das hatten beide Parteien mit geringfügigen

Abweichungen im Wahlkampf angekündigt. Man habe bei den Verhandlungen zur Sozialpolitik gute Kompromisse gefunden, sagten CDU-Generalsekretär

Peter Beuth und der Verhandlungskoodinator der Grünen, Kai Klose, am Freitag in Wiesbaden.

## Opposition: Luftnummer

Bei Gewerkschaften sowie SPD, FDP und Linkspartei stießen die Beschlüsse auf breite Kritik. Die Vereinbarungen zum Kifög seien eine Luftnummer, erklärte der Parlamentarische SPD-Geschäftsführer Günter Rudolph. Weder beim Personal noch bei den Gruppengrößen werde es Verbesserungen geben. Rudolph erinnerte daran, dass die Grünen im vergangenen Sommer die massive Kritik am Kifög mitgetragen hätten. Davon sei nichts mehr zu spüren. „Das ist kein Kompromiss, da sind die Grünen eingeknickt“, so Rudolph. Es bleibe völlig unklar, wie die zukünftige schwarz-grüne Landesregierung die Erhöhung der Pauschale für die Inklusion und die Erhöhung der freiwilligen Leistungen im Sozialetat finanzieren wolle, sagte der FDP-Abgeordnete René Rock. Dass das Kifög wie geplant am 1. Januar 2014 in Kraft treten solle, sei die Fortsetzung schwarz-gelber Politik und kein Politikwechsel, kritisierte Linke-Fraktionschefin Janine Wissler. Anstelle notwendiger Korrekturen wollten CDU und Grüne lediglich einen Feldversuch, bei dem sich herausstellen solle, was schadet und was nutzt, erklärten der DGB und die Lehrgewerkschaft GEW.